

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales der Stadt Lörrach
am Donnerstag, 14. Januar 2016

im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

Anwesend: Bürgermeister Dr. Wilke als Vorsitzender

Stadträte/Stadträtinnen: Berg
Bernnat
Böhringer
Denzer
Di Prima
Glattacker
Heuer (in Vertretung Escher)
Höfler (in Vertretung Jaenisch)
Lindemer
Oehler
Roßkopf (in Vertretung Kiefer)
Salach
Vogel
Vogelpohl
Wernthaler
Wiesiollek

Entschuldigt: Escher, Jaenisch, Kiefer

Ferner: Fachbereichsleiterin Buchauer
Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdic
Fachbereichsleiter Dullisch
Betriebsleiter Schäfer
Stellv. Fachbereichsleiter Meier
Frau Trefzer
Herr Fessler

Urkundspersonen: Stadträtin Salach und Stadtrat Dr. Vogelpohl

Schriftführung: Herr Ockenfuß

Beginn: 17.30 Uhr

Ende: 19.05 Uhr

Der Vorsitzende begrüßt die anwesenden Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sowie die Vertreter der Presse. Ebenso begrüßt er die anwesenden, interessierten Bürgerinnen und Bürger. Er stellt vor Eintritt in die Sitzung fest, dass die Voraussetzungen für eine Beratung des Tagesordnungspunktes 1 - Antrag der Fraktion der Freien Wähler zu Veranstaltungen im Freien - nicht vorliegen, weil eine Anhörung des betroffenen Ortschaftsrates nicht erfolgt sei und die Beratung des Tagesordnungspunktes deshalb zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen soll.

TOP 1

Veranstaltungen im Freien; Antrag der Fraktion Freie Wähler

Vorlage: 008/2016

Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

TOP 2

Grenzüberschreitender Radweg rechts der Wiese

Vorlage: 223/2015

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik der Vorlage ein und erläutert, dass das Projekt Radweg rechts der Wiese weiter verfolgt werden sollte. Die wichtigsten Beschlüsse hierzu seien bereits in den Jahren 2008 und 2009 gefasst worden. Hinsichtlich der naturschutzrechtlichen sowie geologischen Gegebenheiten hätten Lösungsansätze gefunden werden können, jedoch sei die Problematik bezüglich der Grundstückseigentümer nicht zu überwinden. Die Fraktionen der Freien Wähler sowie der CDU hätten nun eine Beendigung der Weiterführung des Projektes beantragt.

Stadtrat Heuer gibt an, dass man zunächst mit den Grundstückseigentümern das Gespräch hätte suchen müssen. Ein Enteignungsverfahren sei ausgeschlossen. Ihn verwundere, dass die Fraktion der Grünen sich bei der Erschließung der Zollfreien Straße gegen Eingriffe in die Natur ausgesprochen hätten, nun jedoch keinerlei Bedenken hinsichtlich des Naturschutzes habe.

Stadtrat Oehler führt an, dass das Projekt weiter verfolgt werden müsse. Es hätten durchaus Mittel für die Realisierung des Projektes beantragt werden können. Die Fraktion der SPD könne sich dem Antrag der Fraktion der Freien Wähler und der CDU nicht anschließen. Er ziehe eine Vertagung des Tagesordnungspunktes in Erwägung, wobei die Ergebnisse der Erhebung des Modal Split abgewartet werden müssten.

Stadtrat Wernthaler sagt, dass die Vorlage ihn irritiere. Die Vorlage spreche sich grundsätzlich für eine Realisierung des Projekts aus, empfehle aber dann im Beschlussvorschlag das Projekt nicht weiter zu verfolgen. Für die Realisierung des Projektes werde es voraussichtlich an einer Mehrheit im Rat fehlen, was er sehr bedauere. Hinsichtlich der Grundstücksproblematik ergäben sich keine Lösungen. Die Verwaltung handle hier zu behutsam. Die Situation für die Radfahrer entlang der Bundesstraße 317 sei unbefriedigend. Es

bedürfe einer grenzüberschreitenden Lösung. Die Zahlen sprächen für sich. Man müsse sich zunehmend auf Konflikte zwischen Radfahrern und Fußgängern einstellen. Der Fraktion der CDU ginge es sicherlich nicht um den Naturschutz. Die Fraktion der Grünen wolle zunächst ein naturschutzrechtliches Gutachten abwarten. Der Vorlage werde sie nicht zustimmen. An der Situation müsse sich bald etwas ändern. Die derzeitige Situation sei indes nicht weiter tragbar.

Stadtrat Denzer gibt an, dass die Fraktion der Freien Wähler der Vorlage zustimmen wolle. Die Aussage von Stadtrat Wernthaler könne er nicht nachvollziehen. Wenn jeder etwas Rücksicht auf den Anderen nehme, könne man Konflikte vermeiden.

Stadtrat Bernnat sehe sehr wohl Potenzial für Konflikte. Die momentanen Zustände seien nicht länger zumutbar. Das vorliegende politische Szenario sei für ihn hochgradig paradox. Die Fraktion der SPD wolle der Vorlage nicht zustimmen. Der CDU und den Freien Wählern gehe es in der Sache lediglich um die Grundstückseigentümer, der SPD hingegen gehe es ums Gemeinwohl.

Stadträtin Höfler führt aus, das ist der Fraktion der CDU klar um die Grundstückseigentümer gehe. Sie wehre sich auch gegen Enteignungsverfahren. Unterdessen solle Punkt 2 des Beschlussvorschlags gestrichen werden. Natürlich sei bei einer weiteren Behandlung der Thematik die Einbeziehung des Gemeinderats vorgesehen.

Stadträtin Roßkopf schließt sich ihrer Vorrednerin an.

Der Vorsitzende erklärt, dass der Antrag gemäß der Gemeindeordnung behandelt wird und im Rahmen der Vorberatung nicht vertagt werden soll. Die Streichung des zweiten Punktes könne in einer getrennten Abstimmung vollzogen werden. Hinsichtlich des vorhandenen Radwegs sehe auch er großes Konfliktpotenzial. Die Verwaltung wolle gute Voraussetzungen für die Realisierung des Projekts schaffen und die Sache angehen. Enteignungsverfahren strebe die Stadt allerdings nicht an. In letzter Instanz sei lediglich noch eine Ponton-Lösung vorstellbar.

Stadtrat Böhringer beantragt die Vertagung des Tagesordnungspunktes.

Der Vorsitzende erklärt, dass eine Vertagung im Rahmen der Vorberatung nicht möglich sei.

Im Folgenden äußern sich verschiedene Bürger zur Thematik. Es äußern sich Herr Oberschelp, Grundstücks Eigentümer, Herr Bucher von den Klimafreunden Lörrach, der die Realisierung des Radweges befürwortet sowie Herr Mascher, der, als engagierter Radfahrer, den Radweg rechts der Wiese ebenfalls befürwortet.

Der Vorsitzende äußert, dass, bei Vorliegen neuer Voraussetzungen, die Thematik wieder aufgegriffen werden solle. Das Gutachten hinsichtlich des Naturschutzes sei indes völlig wertneutral. Es sei von einem unabhängigen Gutachter erstellt worden.

TOP 3

Bau einer Lichtsignalanlage in der Hauptstraße auf Höhe Inzlinger Straße

Vorlage: 224/2015

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Fachbereichsleiter Dullisch erklärt, dass die Verwaltung mit Bewohnern der Inzlinger Straße Kontakt gehabt habe und es in diesem Bereich Probleme gebe. Auf Grundlage der Ergebnisse der Verkehrszählung wolle man nun eine Verbesserung erreichen, indem eine Lichtsignalanlage in dem angegebenen Bereich aufgestellt werde. Die Maßnahme bringe auch deutliche Verbesserungen für Radfahrer mit sich. Insgesamt ergebe sich ein Mehrwert für Stetten.

Der Vorsitzende hält fest, dass die Maßnahme sehr sinnvoll sei und im Haushalt 2017 die entsprechenden Mittel eingestellt werden sollen. Eventuell könnte auch eine Finanzierung über Restmittel aus dem Haushalt 2016 erfolgen.

Stadtrat Glattacker ist der Auffassung, dass es die angegebene Maßnahme nicht benötige, sondern einen Zebrastreifen im Bereich Hauptstraße, Bäckerei und Nahkauf. Die Maßnahme, die zudem sehr teuer sei, müsse kritisch hinterfragt werden.

Stadtrat Böhringer gibt an, dass es bereits eine Ampel in dem Bereich gebe und eine weitere in einem derart kurzen Abstand von der nächsthöheren Verkehrsbehörde nicht genehmigt werde. Einen Zebrastreifen halte er eher für sinnvoll.

Stadträtin Salach hält eine weitere Ampel in dem angegebenen kurzen Teilabschnitt nicht für sinnvoll. Hinsichtlich der Einrichtung von Ampelanlagen gebe es andere Kreuzungen, an denen solche Maßnahmen weitaus sinnvoller seien. Beispielsweise die Kreuzung Gretherstraße / Haagener Straße. Die Vorlage gehe über ihr Ziel hinaus.

Stadtrat Lindemer schließt sich seinen Vorrednern an.

Stadtrat Oehler sei grundsätzlich gegen eine Überregulierung im Verkehrsbereich. Es gebe in Lörrach insgesamt zu viele Ampeln. Eine Geschwindigkeitsbegrenzung Tempo 30 sei in diesem Bereich völlig ausreichend.

Stadtrat Glattacker betont, dass die Fraktion der CDU gegen eine Aufhebung der Geschwindigkeitsbegrenzung Tempo 30 in diesem Bereich sei.

Fachbereichsleiter Dullisch erklärt, dass die Maßnahme von Bürgerinnen und Bürgern gefordert worden sei. Viele Schülerinnen und Schüler würden die Straße auf ihrem Weg zum Campus Rosenfels in diesem Bereich überqueren. Der Verwaltung gehe es grundsätzlich um die Vermeidung von Personenschäden.

Stadtrat Werthaler wolle wissen, ob die obere Verkehrsbehörde die Geschwindigkeits-

begrenzung Tempo 30 aufgrund der Einrichtung einer weiteren Signalanlage aufheben könne.

Im Folgenden äußert sich der Bürger Herr Bucher von den Klimafreunden Lörrach, der die Realisierung der Lichtsignalanlage befürwortet.

Der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales lehnt sodann einstimmig die Planung und den Bau einer Lichtsignalanlage in der Hauptstraße auf Höhe Inzlinger Straße ab.

TOP 4

Straßenbau Erschließung Entenbad Ost in Lörrach-Hauingen; Genehmigung der Entwurfsplanung und Kostenberechnung Vorlage: 007/2016

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein. Er begrüßt die Herren Thomann und Schmidt von der Firma BIT Ingenieure.

Herr Thomann und Herr Schmidt erklären im Folgenden anhand einer Präsentation die Straßenbaumaßnahme (Anlage 1).

Stadtrat Heuer signalisiert die Zustimmung der Fraktion der CDU.

Stadtrat Böhringer erklärt, dass die Fraktion der SPD der Vorlage zustimmen wolle. Jedoch halte er die Breite der Straße im Planungsentwurf für zu schmal. Bei zwei entgegengerichteten LKW's könne es Schwierigkeiten geben. Den geplanten Grünstreifen brauche es hingegen nicht.

Stadträtin Wiesiollek wolle wissen, warum die Gehwegbreite bei der Wendeplatte zunächst breit sei und dann schmaler werde.

Stadtrat Denzer signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Freien Wähler.

Stadtrat Oehler befindet die Planungen für gut. Er wolle wissen, ob eine direkte Anbindung an die Landstraße 138 möglich sei. Ebenso interessiere ihn, ob die Entwässerung der Straße über das Regenrückhaltebecken erfolge.

Fachbereichsleiter Dullisch erklärt, dass die Fahrbahnbreite insgesamt sehr weit bemessen worden sei. Würde man die Straße noch breiter bauen, werde das Projekt insgesamt deutlich teurer.

Herr Schmidt erläutert, dass die Gehwegbreite aufgrund der Regelungen des vorliegenden Bebauungsplans eine derartige Umsetzung erfahre. Die Entwässerung der Straße sei im Vorfeld geprüft worden. Sie erfolge über einen Regen- und Schmutzwasserkanal. Die Breite der Straße sei durchaus ausreichend.

Stadtrat Böhringer führt aus, dass der Grünstreifen dennoch sinnlos sei und in der Folge hohe Kosten für die Pflege verursache.

Der Vorsitzende gibt an, dass die Thematik der Entwässerung im Betriebsausschuss Abwasserbeseitigung vertieft behandelt werden solle.

Der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales fasst sodann einstimmig die folgende Beschlussempfehlung:

1. Der Entwurfsplanung und Kostenberechnung in Höhe von 620.000 € wird zugestimmt.
2. Der Vorbereitung und Durchführung der öffentlichen Ausschreibung wird zugestimmt.
3. Der Mittelübertragung in Höhe von 100.000 € vom Investitionskonto des Projektes Talackerweg auf das Projekt Entenbad Ost wird zugestimmt. Die Mittel werden vom Jahr 2015 auf das Jahr 2016 übertragen.

TOP 5

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben

Antwort des Regierungspräsidium Freiburg hinsichtlich Lärmaktionsplan

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Antwort des Regierungspräsidiums hinsichtlich der beschlossenen Maßnahmen im Rahmen des Lärmaktionsplans in der Sitzung des Gemeinderats am 28. Januar 2016 vertieft erörtert werden solle. Die Geschwindigkeitsbegrenzung Tempo 30 sei in der Belchenstraße, der Freiburger Straße, der Schopfheimer Straße und in der Wallbrunnstraße rechtmäßig angeordnet worden. In der Basler Straße sei die Geschwindigkeitsbegrenzung Tempo 30 abgelehnt worden.

TOP 6

Allgemeine Anfragen

Keine.

TOP 7 Offenlegungen

TOP 7.1

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales am 26. November 2015

TOP 7.2

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses Abwasserbe-seitigung am 26. November 2015

TOP 7.3

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses Werkhof am 26. November 2015

TOP 7.4

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses Stadtgrün und Friedhöfe am 26. November 2015

TOP 7.5

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses Stadtwerke am 26. November 2015

TOP 7.6

Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Betriebsausschüsse Abwasserbeseitigung, Werkhof, Stadtgrün und Friedhöfe, Stadtwerke am 26. November 2015

Zur Beurkundung

Der Vorsitzende:

Urkundspersonen:

Schriftführung: